

# **„Niedersachsen kann Zukunft“ – Kabinett bringt größtes Investitions- und Kommunalstärkungspaket in der Geschichte des Landes auf den Weg – Entwürfe für Nachtrag 2025, Haushalt 2026 und Mittelfristige Planung beschlossen**

**Die Schwerpunkte der geplanten Maßnahmen** (hier die vollständige Auflistung)

## **Inhalt**

Unterstützung der Kommunen.....	1
Bildung und Forschung.....	2
Energie- und Klimaschutz.....	3
Verkehrsinfrastruktur .....	3
Gesundheit.....	4
Wohnen und Bauen.....	4
Digitalisierung der Verwaltung.....	4
Innere Sicherheit und Justiz .....	5
Weitere wichtige Bereiche: .....	6

## **Unterstützung der Kommunen**

In den kommenden vier Jahren sollen die Kommunen mehr als 61 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt erhalten, allein rund 15 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Hinzu kommen die pauschal zugewiesenen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes in Höhe von 4,7 Milliarden Euro.

Zu den geplanten Unterstützungsmaßnahmen des Landes gehören unter anderem:

- Im Bereich der **Personalkosten für die beitragsfreie Kita** gibt es bislang eine erhebliche, inzwischen strukturelle Unterdeckung – ein Umstand, auf den die Kommunen wiederholt hingewiesen haben. Die Landesregierung hat nun beschlossen, die **Erstattungen im Kita-Bereich dauerhaft zu erhöhen und zu dynamisieren**. Das Land unterstützt die Kommunen ab 2026 jährlich mit zusätzlichen 250 Millionen Euro für die Personalkosten der beitragsfreien Kita, die dynamisch nach den Tarifabschlüssen gesteigert werden sollen. Zu diesem Zweck werden bis 2031 zunächst **1,75 Milliarden Euro** eingeplant. Mit diesen Erhöhungen will das Land den Kommunen im nächsten Jahr rund zwei Milliarden Euro im Bereich der frühkindlichen Bildung zur Verfügung stellen. Die Modalitäten der Auskehrung der Kita-Erstattungen sollen deutlich vereinfacht werden – einfacher und schneller soll es auch hier funktionieren.
- Vom Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes **sollen die Kommunen mit 60 Prozent des auf das Land entfallenden Anteils profitieren**. Den größten Teil davon, rund 4,7 Milliarden Euro, erhalten sie pauschal zugewiesen.
- Mit dem „**Pakt für Kommunalinvestitionen**“ hatten sich die Niedersächsische Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände bereits im Frühjahr 2025 auf ein umfassendes Investitionspaket verständigt, das nun haushaltsmäßig umgesetzt

werden soll. Die Kommunen sollen daraus 600 Millionen Euro für Investitionen jeglicher Art erhalten. 400 Millionen Euro sollen bereits in diesem Jahr fließen. Die Mittel werden den Kommunen in einem schlanken, unbürokratischen Verfahren zur Verfügung gestellt. So werden sie in die Lage versetzt, die Gelder schnell und einfach dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

- Zur Unterstützung der kommunalen Veterinärbehörden sollen in den nächsten drei Jahren 40 Millionen Euro einmalig bereitgestellt werden. Die erste Tranche in Höhe von 20 Millionen Euro ist im Haushaltsplanentwurf 2026 vorgesehen. Für die Jahre 2027 und 2028 sind jeweils weitere 10 Millionen Euro eingeplant.
- Neben der in Bund-Länder-Verhandlungen erzielten **vollständigen Kompensation der kommunalen Steuerausfälle** durch den „Wachstumsbooster“ der Bundes werden die Kommunen auch aus der zugesagten Kompensation für die Ländersteuermindereinnahmen 50 Prozent, also voraussichtlich 190 Millionen Euro, zur Unterstützung der kommunalen Bildungsinvestitionen erhalten.
- Darüber hinaus werden die **Kommunen von weiteren landeseigenen Investitionen profitieren**. So will das Land beispielsweise zusätzlich zu den bereits geplanten Leistungen noch einmal 600 Millionen Euro für weitere Investitionen in die regionalen Krankenhäuser ohne die sonst übliche kommunale Beteiligung bereitstellen. Ein weiteres Beispiel sind 200 Millionen Euro, die aus den Mitteln des Landes für die soziale Infrastruktur (ländlicher Wegebau vor allem zur Stärkung der Landwirtschaft) und die Dorfentwicklung im ländlichen Raum (Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse an urbane Räume, z. B. Daseinsvorsorge des täglichen Bedarfs, Ärzteversorgung etc.) vorgesehen sind.

### **Bildung und Forschung**

- Ganz oben auf der Agenda steht weiterhin die Stabilisierung der Unterrichtsversorgung. Um diese weiter zu sichern, sollen **weitere 1.350 neue Lehrkräftestellen** geschaffen werden. Dafür sind rund 97,8 Millionen Euro vorgesehen. Alle Referendarinnen und Referendare, die erfolgreich ihren Vorbereitungsdienst absolviert haben, erhalten in Niedersachsen ein Übernahmeangebot für den Schuldienst. Damit setzt die Landesregierung ihre aktive Lehrkräfte-Gewinnung konsequent fort. Dank erfolgreicher Einstellungsverfahren konnten in den Vorjahren bereits mehr Lehrkräfte gewonnen werden, als in den Ruhestand gegangen sind.
- Mit dem Einstieg in die **Tablet-Ausstattung** wird Wort gehalten bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages; ein deutlicher Beitrag für gutes digitales Lernen und gerechte Teilhabe wird geleistet. Bildung mit digitalen Lerngeräten soll unabhängig werden vom Geldbeutel der Eltern. Die Landesregierung plant zum Schuljahr 2026/27, beginnend mit dem 7. Jahrgang und dann aufsteigend alle Schülerinnen und Schüler einschließlich BBS-Bereiche mit Tablets ausstatten. Dafür sind bis 2031 insgesamt 800 Millionen Euro vorgesehen.
- Weitere 100 zusätzliche Vollzeiteinheiten sind für **pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** für die inklusive Beschulung vorgesehen. Hierfür sollen 2026 rund drei Millionen Euro und ab 2027 rund 7,3 Millionen Euro jährlich bereitstehen.
- Für den Hochschulbau sind aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes zusätzliche 500 Millionen Euro eingeplant.

## Energie- und Klimaschutz

- Nicht zuletzt das „Weihnachtshochwasser“ 2023/2024 hat die immense Bedeutung von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung noch einmal sehr deutlich gemacht. Deshalb sind 100 Millionen Euro für **Investitionen in Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz** vorgesehen.
- Auch in der Landwirtschaft wird der Umgang mit der Ressource Wasser in Zeiten des Klimawandels immer bedeutsamer. Mit 100 Millionen Euro sollen deshalb **Investitionen in den Bau von Speicherbecken** für Beregnungszwecke und für eine wassersparende Infrastruktur in der Landwirtschaft gefördert werden.
- Die Maßnahmen, die sich zwingend aus dem **Masterplan Ems** ergeben, sollen mit rund 90 Millionen Euro abgesichert werden.
- Für die Kofinanzierung für Maßnahmen aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds des Bundes sind 200 Millionen Euro vorgesehen.
- Ebenfalls 200 Millionen Euro werden **für Investitionen in sozialen Klimaschutz, Energieeffizienz und Wärmewende** eingeplant. Hiermit sollen zum einen Maßnahmen zum Klimaschutz (z. B. Heizungsaustausch, Elektromobilität, energetische Sanierung) in sozialen Einrichtungen wie Frauenhäusern, Pflegeheimen, Tafeln oder Wohnheimen finanziert werden. Zum anderen geht es um Investitionen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz bei Unternehmen, öffentlichen Trägern und Kultureinrichtungen. Drittens sollen Modellprojekte zur Wärmewende unterstützt werden, etwa zum Umbau der Wärmeversorgung durch Großwärmepumpen oder Geothermie.
- Die Produktion grünen Stahls ist ein zukunftsweisendes Projekt für eine **wettbewerbsfähige, klimaneutrale Stahlerzeugung**. Deshalb sind 96,3 Millionen Euro als Vorsorge für zusätzliche Kofinanzierungsbedarfe des Projekts SALCOS der Salzgitter AG eingeplant.  
Zur Ausfinanzierung von Projekten der Energie-Infrastruktur sieht der Nachtrag 2025 200 Millionen Euro vor. Zentraler Baustein ist dabei **der Anleger für verflüssigte Gase (AVG)** in Wilhelmshaven. Die neue Anlage soll als universeller AVG Umschlagmöglichkeiten für „grüne“ Gase, vor allem Wasserstoff und Wasserstoff-Derivate, gestaltet werden und damit ein Baustein für die zukünftige klimaneutrale Energieversorgung sein.

## Verkehrsinfrastruktur

- Mobilität und Erreichbarkeit sind entscheidende Faktoren der Daseinsvorsorge. Voraussetzung dafür ist auch die Verbesserung und **Sicherung von Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV)**, gerade in den ländlicheren Regionen. Deshalb soll der ÖPNV mit insgesamt 500 Millionen Euro gestärkt werden.
- Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur hat für die Landesregierung eine hohe Priorität, besonders die dringende **Sanierung und Bau von Landesstraßen und Brücken** wird konsequent fortgesetzt. Für diese Zwecke sollen deshalb 500 Millionen Euro über das Bundes-Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommen 175 Millionen Euro, die über NPorts in die **Hafeninfrastruktur** investiert werden sollen. Im Hinblick auf die Stärkung der Verteidigungsinfrastruktur ist mit weiteren Mitteln des Bundes zu rechnen.

## Gesundheit

- Für das reguläre **Krankenhaus-Investitionsprogramm** stehen im Jahr 2026 erneut 305 Millionen Euro zur Verfügung. In den nächsten vier Jahren sind das also über 1,2 Milliarden Euro. Zudem plant das Land die **Kofinanzierung der Mittel aus dem Krankenhaus-Transformationsfonds des Bundes** in Höhe von 600 Millionen Euro. In der Summe erhält die niedersächsische Krankenhauslandschaft damit in den kommenden vier Jahren 1,78 Milliarden Euro aus dem Transformationsfonds. Das bereits jetzt hohe Niveau der Krankenhausförderung soll damit deutlich erhöht werden. Mit diesen insgesamt drei Milliarden Euro allein bis 2029 kommen wir unserem Ziel einer modernen, zeitgemäßen Krankenhausinfrastruktur einen großen Schritt näher.
- Dieses Ziel soll auch mit den zusätzlichen Mitteln für große Bauvorhaben der Hochschulmedizin verfolgt werden. Für den **2. Bauabschnitt der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)** sind 370 Millionen Euro eingeplant, für die **Universitätsmedizin Göttingen (UMG)** 480 Millionen Euro.

Insgesamt fließen damit in den nächsten Jahren mehr als drei Milliarden Euro in die niedersächsische Krankenhauslandschaft.

- Die Landesregierung reagiert zudem auf den akuten Fachkräftemangel in der Pflege und den damit verbundenen steigenden Bedarf an akademisch qualifizierten Fachkräften. Ab dem kommenden Jahr sollen **70 zusätzliche Studienplätze in der Pflegewissenschaft** geschaffen werden.
- Weitere 50 Millionen Euro sind für **regionale Gesundheitszentren** vorgesehen.

## Wohnen und Bauen

- Die Arbeit der **Landeswohnungsgesellschaft** trägt erste Früchte. Damit sie dies erfolgreich fortsetzen und sich in weiteren Projekten engagieren kann, soll die WohnRaum GmbH mit dem Nachtrag 2025 weitere 200 Millionen Euro erhalten.
- Die Landesregierung möchte außerdem weitere Möglichkeiten für bezahlbares Wohnen schaffen. Die Wohnraumförderung soll mit zusätzlichen 200 Millionen Euro ausgestattet werden.
- Die Mittel für **Bauunterhaltung von Landesgebäuden** sollen in den Jahren 2026 bis 2029 auf jeweils 120 Millionen Euro erhöht werden. Weitere 750 Millionen Euro werden für die (energetische) Sanierung von Liegenschaften eingeplant, um den Sanierungsstau weiter abzutragen. Nochmals 40 Millionen Euro sollen für Baumaßnahmen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen eingesetzt werden.

## Digitalisierung der Verwaltung

- Mit der aktuellen Haushaltsaufstellung soll erstmals der Einzelplan 19 – **Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT)** eingerichtet werden. Dies soll sukzessive zu einer gebündelten und transparenten Darstellung aller mittel- und langfristigen Finanzierungsbedarfe im IT-Bereich führen. Mithilfe des Einzelplans sollen IT-Projekten priorisiert und so die Digitalisierung zielorientierter vorangetrieben werden.

- Über das Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes sollen zusätzliche 500 Millionen Euro für **Investitionen in die Digitalisierung** fließen, nachdem die Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren Mittel in Milliardenhöhe für die Digitalisierung der Verwaltung und den Breitbandausbau eingeplant hat.
- Für die **Telekommunikations- und Netzinfrastruktur** sollen im Mipla-Zeitraum insgesamt rund 23 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.
- Für den **Einsatz von Künstlicher Intelligenz** werden jährlich vier Millionen Euro und für IT-Systeme zur Planungsbeschleunigung ebenfalls vier Millionen Euro pro Jahr angesetzt.
- Vorgesehen ist auch eine deutlich **stärkere Unterstützung der Kommunen und der weiteren mittelbaren Landesverwaltung** im Rahmen der Digitalisierung. Im Mipla-Zeitraum sollen nun rund 26,6 Millionen Euro bereitgestellt werden und damit mehr als doppelt so viel wie bisher geplant.
- Für die **Digitalisierung der niedersächsischen Justiz** werden zusätzliche 17 Millionen Euro eingeplant, um die Einführung der elektronischen Akten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften umzusetzen. Weitere drei Millionen Euro sollen für die **moderne Ausstattung von Sitzungssälen** aufgewendet werden.

### Innere Sicherheit und Justiz

- Für größere **Investitionen in Polizei und Katastrophenschutz** plant das Land 100 Millionen Euro aus dem neuen Sondervermögen des Bundes ein.
- Die **Investitionen in Liegenschaften** des Landes werden besonders Gebäuden von Polizei und Justiz zu Gute kommen.
- Die niedersächsische Polizei soll durch weitere verschiedene Maßnahmen gestärkt werden. So ist geplant, das Bereichsbudget für Sachausgaben um rund 11 Millionen Euro im Jahr zu erhöhen, vor allem um die gestiegenen Kosten für Energie und Mieten aufzufangen. Auch der IT-Bereich soll 2026 zusätzliche 3,5 Millionen Euro und im Mipla-Zeitraum weitere 7,5 Millionen Euro erhalten.
- Angesichts einer herausfordernden Sicherheitslage werden auch die Anforderungen an die Niedersächsische Landespolizei immer komplexer und personalintensiver. Vor diesem Hintergrund sollen mit dem Haushalt 2026, 250 zusätzliche Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter geschaffen werden, die im kommenden Jahr ihr Studium an der Polizeiakademie aufnehmen können. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums werden sie als Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in den Dienst übernommen. Damit sollen die Polizei in der Fläche und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen gestärkt werden.
- Zudem sind **65 zusätzliche Vollzeiteinheiten im Verwaltungsbereich** vorgesehen, damit Polizistinnen und Polizisten besser ihren eigentlichen Vollzugsaufgaben nachkommen können. Weitere 25 Vollzeiteinheiten sollen für IT-Expertinnen und -Experten geschaffen werden.
- Die personelle Ausstattung der Justiz soll wie in den vergangenen beiden Jahren weiter verbessert werden. Vor allem die **Strafjustiz** soll mit **insgesamt 55 zusätzlichen Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten** erneut deutlich gestärkt werden.
- Zudem geht Niedersachsen den nächsten Schritt, um eine noch effektivere Strafverfolgung im Netz zu ermöglichen. Das Land richtet eine hochspezialisierte, schlagkräftige **Zentralstelle zu Bekämpfung der Cyberkriminalität** mit Sitz in

Osnabrück ein. Nach einer gründlichen Vorbereitung sollen nun mit dem Haushalt 2026 die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für den Aufbau der neuen Zentralstelle geschaffen werden.

### **Weitere wichtige Bereiche:**

Neben den bereits genannten Punkten plant die Landesregierung mit dem Nachtrag 2025, dem Haushalt 2026, der Mipla 2025 bis 2029 und dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes unter anderem die (Weiter-)Finanzierung der folgenden Vorhaben:

- 28 Millionen Euro für Investitionen für die Staatstheater Hannover GmbH sowie drei Millionen für Tarifsteigerungen
- Jährlich eine Million Euro mehr für Institutionen und Verbände der Kultur
- Aufstockung der jährlichen Förderung für kommunal getragenen Theater um eine Million Euro
- Jährlich zusätzlich 1,5 Millionen Euro für die Landeszentrale für politische Bildung
- 34 Millionen Euro für die Förderung von Gedenkstätten
- Der Vereinssportstättenbau soll im Jahr 2026 mit zusätzlich 10 Millionen Euro gefördert werden.
- 20 Millionen Euro für Forschungsbauten
- 29 Millionen Euro bis 2029 für Maßnahmen der Teilhabe und Sprachförderung in der Schule
- 5 Millionen Euro für die Modernisierung der technischen Infrastruktur in den Laboren des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
- 5 Millionen Euro im Haushalt 2026 zusätzlich zur Unterstützung der IdeenExpo
- Stärkung des Servicezentrums Landentwicklung und Agrarförderung mit zusätzlichen 1,4 Millionen Euro
- Für Tierheime und Wildtier-Auffangstationen 20 Millionen Euro
- Verlässliche Finanzierung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen mit 4,4 Millionen Euro
- Zusätzliche 5 Millionen Euro jährlich ab 2027 für den Mehrbedarf im Wolfsmanagement
- Deutliche Aufstockung der Förderung der ambulanten sozialpädagogischen Angebote für straffällig gewordene junge Menschen um rund 1,6 Millionen auf dann 3,6 Millionen Euro
- 140 Stellenhebungen für die Steuerverwaltung
- Erhöhung der Mittel für den Sonderfonds zur Unterstützung und Förderung des lebenslangen Lernens um 3,75 Millionen Euro
- Für die Fortsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans für mehr Hausärztinnen und Hausärzte in Niedersachsen sind im kommenden Jahr 850.000 Euro vorgesehen
- 3,1 Millionen Euro für die Buchungssoftware Schulgirokonto